

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1,60 M., im voraus zahlbar, Postbezug 1,32 M., einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 77 Pf. Poststempelgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Kult und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Frauenstimme“, „Tatort“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konparettabelle 50 Pfennig, Restanteile 4.— Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft 25 Pfennig (täglich zwei Heftgebühren), jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stängelgebühren das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme einschließlich Bindestraße 3 wochentlich von 5^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disk.-Ges., Depotkassette Lindenstr. 3.

In letzter Stunde!

Der Wahlkampf geht zu Ende. Nun gilt es die Wahl!
Wir blicken zurück auf Wochen des heftigsten Kampfes. Mit Eifer und Kampfeslust ohnegleichen haben die Freunde der Sozialdemokratischen Partei den Wahlkampf geführt, getragen von glänzender Begeisterung. Der Kampf aller gegen die Sozialdemokratische Partei ist nicht nur auf festen Abwehrwillen gestoßen, er hat den Willen der deutschen Arbeiterschaft zu wuchtigem Angriff geweckt.

Seite an Seite haben die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften die Offensive gegen soziale und politische Reaktion ergriffen. Macht und Einfluß im Staat ist ihr Ziel! Unsere Gegner hämpfen um die Verteidigung der Stellungen, die die Interessentengruppen in die Regierung gezogen haben. Jedem von uns das Seine, der Arbeiterschaft aber nichts — das ist ihr Wahlspruch!

Sie wollen wieder herrschende Klasse sein. Sie wollen wieder die Arbeiterschaft vom Staatsbürgertum ausschließen. Sie wollen den konstitutionellen maskierten Absolutismus der Kapitalmacht. Daher der Kampf gegen die Sozialdemokratie, daher das Gelüste nach dem Staatsstreich, nach der Verfälschung der Demokratie.

Dieser Kampf geht nicht so sehr um geschriebenes Gesetz, um die Artikel der deutschen Verfassung, die jene Interessentengruppen beschworen haben, die heute Minister der Republik sind. Er geht um die wirkliche Verfassung Deutschlands, um den Inhalt, mit dem die deutsche Republik erfüllt sein wird.

Demokratischer Volksstaat oder plutokratische Republik!

Nie ist die Alternative so klar hervorgetreten wie in diesen Wochen des Kampfes, noch nie hat aber auch die von der Sozialdemokratie geführte deutsche Arbeiterschaft das Wesen und den Sinn dieser Entscheidung so klar und tief durchschaut wie in diesen Tagen.

Entschlossenheit der Arbeiterschaft gegen die Reaktion — das hat der Wahlkampf gezeigt. Wir lassen an der demokratischen Verfassung der Republik, wir lassen an Rechte des Reichstags nicht zütteln! Wir sind die Kraft, die sich jedem Versuch eines Staatsstreiches in den Weg stellen wird! Wir lassen uns nicht zurückwerfen in die Stellung der Entrechteten und Sekundären! Unsere Macht offenbart sich nur am Tage der Wahl, in der Wucht des Massenaufmarsches unserer Wähler zur Wahlurne, sie ist fest und dauernd, zusammengeschießt in einem halben Jahrhundert unaufhörlicher Kämpfe. Es gibt keine parlamentarische Kombination, kein Intrigenspiel, das die Macht der organisierten deutschen Arbeiterschaft aus der Welt schaffen könnte.

Neun Millionen Wähler haben bei der Reichstagswahl des Jahres 1928 der Sozialdemokratischen Partei ihre Stimme gegeben! Der politische Wille dieser neun Millionen ist die stärkste organisierte politische Kraft in Deutschland, er ist ein Stück, und ein wesentliches Stück der Verfassung der deutschen Republik. Wer diese neun Millionen ausschließen will von der Bildung des Staatswillens, der greift die Grundlagen der Demokratie an — der wird aber auch auf den stahlharten Widerstand der deutschen Sozialdemokratie stoßen!

Wir sind heute noch die Opposition! Die Opposition, die im Namen der freiheitlichen und sozialen Demokratie kämpft gegen die Regierung des Artikels 48, gegen jenes Kampfabnennett, dessen rechten Flügel die offenen Feinde der Verfassung bilden. Wir führen die Sache des Volkes gegen die Abenteuerpolitik der Schrittmacher des Faschismus. Wir führen sie, wie wir sie einst gegen den wilhelminischen Absolutismus geführt haben. Wir rufen alle freiheitlichen, alle sozial gesinnten Kräfte im Volke auf, sich unseren Fahnen anzuschließen.

Das Kapital will eine Entscheidungsschlacht gegen die Arbeit. So schließt euch zusammen um die Sache der Arbeit!

Das ist der Sinn dieses Kampfes. Das ist es, was jeder organisierte Arbeiter Deutschlands tief im Herzen empfindet, das ist es, was die glänzende Entschlossenheit und die Kampfeslust der sozialdemokratischen Arbeiter im Wahlkampf geweckt hat!

Nun gilt es die Entscheidung, nun zeigt den Gegner unsere Stärke und unsere Macht!

Auf, ihr Millionen! Wählt! Wählt!

Alle Kraft für Liste 1

„Deutschlands Stunde.“

Labour Party und deutscher Wahlkampf.

London, 12. September. (Eigenbericht)

„Deutschlands Stunde“ lautet die Überschrift, die der „Daily Herald“ dem Leitartikel seiner Sonnabendausgabe widmet. Das offizielle Organ der Labour Party richtet darin folgenden Appell an das deutsche Volk:

„Das Ausland sieht dem Ergebnis der deutschen Wahlen mit großer Beunruhigung entgegen: denn es sind in diesem Wahlkampf Forderungen erhoben worden, die nicht allein die deutsche Innenpolitik berühren, sondern auch das Verhältnis Deutschlands zu Europa.“

Verantwortliche Führer der Rechtsparteien haben eine Sprache geführt, die daraufhin deutet, daß diese Rechte, wenn sie zur Herrschaft gelangt, Stresemanns Verständigungspolitik verlassen und an ihre Stelle eine Politik der nationalistischen Abenteuer setzen wird. Nicht nur konservative und Nationalisten haben in diesem Sinne gesprochen, selbst der Wahlkreis von Stresemanns eigener Partei enthält Stellen, wie „Reaktion des

Friedensvertrages und des Young-Planes“ und „Vereinigung der östlichen Grenzen“.

Es kann nicht der geringste Zweifel darüber herrschen, daß eine auf das Zentrum und die Rechtsparteien gestützte Regierungskoalition eine „mutige“ auswärtige Politik einschlagen wird, die ganz Europa in Unruhe bringen würde. Selbst das ist aber die kleinere Gefahr. Größer noch ist die wiederholte und stärker werdende Drohung, daß ein Angriff auf die Weimarer Verfassung erfolgt, wenn die Wahlen der genannten Koalition nicht die Mehrheit bringen sollten... Es ist zu hoffen, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes die Hoffnung der Reaktionen zujhänden werden läßt und die drohende Gefahr abwendet.“

Geht rechtzeitig zur Wahl!

Um 5 Uhr nachmittags Schluß der Wahlzeit.

Vom Reichsinnenministerium wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die Wahlzeit am Sonntag von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags dauert und nicht, wie verschiedentlich berichtet wurde, bis 6 Uhr nachmittags.

Die Freiheit der Arbeit. Schiedspruch von Deynhausen und Reichstagswahl

Von Dr. Georg Flatow.

Schon einmal hat das stille Deynhausen in der deutschen Sozialpolitik eine Rolle gespielt: am 6. November 1898 hielt Wilhelm II. dort die berühmte Rede, in der er die Zuchttausvorlage ankündigte, vom „Schutz der deutschen Arbeit, vom Schutz derjenigen, die arbeiten wollen“ sprach. Im Frühjahr 1930 wurde in Deynhausen der Schiedspruch gefällt, der den Lohnabbau in der Nordwestlichen Gruppe der Metallindustrie einleiten sollte. In beiden Ereignissen, die ein Menschenalter voneinander getrennt sind, spiegelt sich ein Stück deutscher Sozialgeschichte wider, damals der fruchtlose Versuch der deutschen Arbeitgeber, die sich Wilhelms II. als ihres Werkzeuges bedienten, die individuelle Freiheit des Arbeiters, wie sie es auffaßten, wiederherzustellen, die aufstrebende Gewerkschaftsbewegung in Fesseln zu schlagen, jetzt der erfolgreiche Versuch der gleichen Kreise, mit Hilfe der Staatsgewalt auf dem Wege über den Zwangstarif die Löhne zu senken.

Scheinbar hat die Arbeiterbewegung 1898 eine Schlacht gewonnen, 1930 eine Schlacht verloren. In Wahrheit aber zeigt die Art der Verlustes, wenn man an den Kern der Dinge herantritt, daß kein Anlaß zu Pessimismus vorliegt, daß 1898 nur eine siegreiche Abwehr drohender Unfreiheit stattgefunden hat, 1930 aber die organisierten Kräfte der Arbeiterklasse wohl auf dem schwankenden Boden des Kampfes um den Einfluß im Staat ein Stück zurückgedrängt worden sind, ohne daß aber die Grundlagen ihres derzeitigen gesellschaftlichen Wirkens davon berührt worden wären. Diese Grundlagen sind — und deshalb hier diese historische Erinnerung — die Anerkennung der Organisation und ihr allseitiger Einbau in das Arbeitsleben. Auf dieser Grundlage hat die deutsche Arbeiterschaft in den letzten zwölf Jahren die Freiheit zu erobern begonnen, die allein dem abhängigen Arbeitsverhältnis der Gegenwart gemäß ist, nicht die Freiheit der Isolierung des einzelnen Arbeitnehmers gegenüber den Mitarbeitern und Berufsgenossen und die Freiheit der Selbstauslieferung an den Arbeitgeber, sondern die Freiheit in dem Rahmen des Betriebs- und Berufsverbandes, um so die durch das liberale Zeitalter geraubte Persönlichkeit vom Kollektivum her wiederzugewinnen.

Diese Freiheit als das Spiegelbild der Organisation gilt es bei der Reichstagswahl zu sichern und ihren weiteren Ausbau mit den Mitteln der Politik in Gesetzgebung und Verwaltung zu ermöglichen. Sie hat ihren Niederschlag gefunden an erster Stelle im Tarifrecht, dessen Unabhängigkeit, mag die Rechtsprechung auch hier und da an ihr nagen, den Schutzwall gegen jede Herabdrückung des Lohnniveaus unter die von den Organisationen vereinbarte Grenze bildet. Die tariflichen Arbeitsbedingungen aber wiederum als die Mindestgrenze dessen, was dem Arbeitslosen zugemutet werden kann, erweisen sich auf diesem Wege als die Sicherung der Arbeitenden gegen die Unterbietung durch die von der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zur Untätigkeit Verurteilten.

Die Organisationen als die Träger der Arbeitsgerichtsbarkeit und der Arbeitsämter sind sodann die Hüter des einzelnen Arbeitnehmers dort, wo er mit denjenigen Sozialbehörden, die der Rechtsprechung, der gesellschaftlichen Bewirtschaftung des Arbeitsmarktes und der Fürsorge für die Erwerbslosen dienen, in Berührung kommt, sie bewahren ihn vor dem Schwächegefühl, das dem isolierten Arbeitnehmer als einem winzigen Rade in der ungeheuren Wirtschaftsmaschine nur allzuleicht anhaftet, sie geben ihm, indem sie sich seiner als Vertreter vor jenen Behörden annehmen, das Selbstbewußtsein und die Menschenwürde wieder, die der vom Kapitalismus bedrohte Arbeitnehmer vergangener Jahrzehnte nur allzu oft einzubüßen Gefahr lief. Auf dem Boden der Organisation gewinnt der Arbeitnehmer die „Persönlichkeit“ wieder, die Goethe als das „höchste Glück der Erdenkinder“ bezeichnet und die ein die sozialen Gebundenheiten ignorierender Pseudoliberalismus (besonders der sogenannten Intellektuellen) auch heute noch oft genug — bewußt oder unbewußt — nicht so sehr im organisierten als im unorganisierten Menschen sucht.

Diese Grundlage der neuen „Freiheit“, die Organisation, weist aber auch — das gibt der bevorstehenden Wahl ihre Bedeutung für jeden Wähler aus der arbeitenden Klasse — mannigfache Berührung mit der Staats-

Beamte gehen zur Wahl!

Ein Wort in letzter Stunde.

Von Albert Falkenberg.

Die Regierung Fried in Weimar hat den „Verband Thüringer Polizeibeamten“ als politischen Verein erklärt, weil seine Spitzenorganisation, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, für diesen Wahlkampf die Parole für Liste 1 ausgegeben hat. Herr Fried öffnet mit diesem Vorgehen jenen Beamten, die während des Wahlkampfes um ihre politische Stellungnahme am 14. September mit sich gerungen haben, die Augen. Und ihrer sind gemäß nicht wenige. Die Befreiung aus alten Ideologien ist für sie nicht leicht gewesen. Früher vertraten sie die Auffassung, daß Politik sie nichts angehe. Sie kannten nur ihren Dienst. Aber dann kamen die Novembertage 1918 und Hoffnungen wuchsen auf den Trümmern des Zusammenbruchs. Diese Hoffnungen schienen nicht realisierbar, der Schlamm der Nachkriegszeit und das Geröll der Inflation bedeckten sie zu. Nachdem nun aber die Aufräumarbeiten begonnen haben, jagen auch Beamte an, zu überlegen, was mit ihnen geschieht, wenn am 14. September 1930 die Wahlen zugunsten der Parteien entscheiden, die mit Bluff und politischen Ohngedern den Wahlkampf führten. Was wird, wenn z. B. die Nationalsozialisten „siegen“ und Leute wie Herr Fried in das Beamtenministerium des Reichs, das Reichsinnenministerium einziehen? Auf der Suche nach einer Antwort auf diese Frage kommen die Beamten zwangsläufig zu einem Ergebnis, das auch im Lager der nichtbeamteten Bevölkerung weitestgehend Verständnis begegnet.

Die Beamten haben in diesen Wochen intensiver Aufklärungsarbeit begriffen, daß weder sie selbst noch irgendeine Berufsschicht ausgerechnet diesen Wahlkampf allein für ihre Eigenforderungen verkörpern können. In diesem Ringen

- um Demokratie oder Diktatur,
- um gerechte Klassenverteilung,
- um Krieg oder Frieden

hat gerade die Beamtenschaft ein gewichtiges Wort mitzureden, weil sie am Schaltwerk der Staatsmaschinerie ihren Platz hat. Und auf das reibungslose Funktionieren der Staatsmaschinerie kommt es in der hinter dem Wahlkampf liegenden Zeit in erhöhtem Maße an. Darum ist die Ausübung des politischen Mitbestimmungsrechts von Seiten der Beamten nicht nur für sie selbst, sondern gleichzeitig auch für den Erfolg der Demokratie im ganzen ein entscheidender Faktor. Jeder Beamte, der sich dieser Auffassung zuwendet, befreit sich mit ihr aus der Atmosphäre politischer Rückständigkeit, die ihn hinderte, seine Klassenlage zu erkennen. Von den Parteien der Mitte werden auch jetzt wieder die größten Anstrengungen gemacht, gerade auch die Beamten von diesem Klärungsprozeß auszuschalten. Sie gebrauchen den gedanklichen Wirrwarr für die erfolgreiche Vertretung ihrer wirtschaftspolitischen und politischen Ziele. Sie wissen genau, daß, wer die Beamten hat, sich eine starke Position im Staat sichert. Auch die Sozialdemokratie hat dieser Erkenntnis oft genug Ausdruck verliehen, zuletzt in der zum Referat Hilferdings auf dem Kieler Parteitag 1927 gehörigen Entschließung, deren zweiter Teil folgendermaßen beginnt:

„Der Kampf um die Eroberung der Staatsmacht macht die Erringung und Behauptung möglichst zahlreicher Machtpositionen in Gemeinde, Staat und Reich notwendig. Allein durch die aktive Betätigung in der Verwaltung kann die notwendige Republikanisierung und Demokratisierung der Verwaltung erreicht werden. Schon daraus ergibt sich die hohe Bedeutung der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Verwaltung der Gemeinden und Länder.“

Auch mit dieser Kundgebung wird der untrügliche Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie nicht daran denkt, das Berufsbeamtentum zu heiligen.

Was aber wollen die Parteien der Mitte die Beamten glauben machen? Daß die Beamten, ebenso wie Arbeiter und Angestellte, die Nehmenden im Staate seien. Daß Beamtendarbeit „unproduktive“ Arbeit sei und daß darum der Beamte nichts anderes als Objekt der Befehlsgewalt sei und bleibe. Ist das wahr? Auch die Beamten haben nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen, aber — und darin allein liegt der große Unterschied zwischen ihnen und allen in der Privatwirtschaft Tätigen — sie sind die Beauftragten des deutschen Volkes. Sie aber deswegen aus dem Kampf um den Schutz der Arbeitskraft herauszufahren, ist praktisch unmöglich. Sie haben in der Wirtschaft keinen anderen Platz wie die 22 Millionen Arbeiter und Angestellten, die durch Hand- oder Kopfarbeit eine ziffernmäßig sehr geringe Oberschicht zu Dividendenempfängern werden lassen. Die Beamten gehören deshalb in eine gemeinsame gewerkschaftliche und politische Kampffront mit Arbeitern und Angestellten.

Die Beamten werden als Objekt des unaufhaltsam fortschreitenden Proletarisierungsprozesses in die Linie des Klassenkampfes hineingedrängt.

Ob das schön ist oder nicht, darauf kommt es wahrhaftig nicht an. Es ist Wahrheit!

Schon immer ist dieser Vorgang Tatsache gewesen, man kann ihn aber erst recht nicht mehr leugnen in einer Zeit, in der der Kampf ums Dasein täglich schärfere Formen annimmt. Immer neue Gruppen werden in den Wirtschaftskampf hineingestoßen, hineingerissen. Sie müssen politisch werden, wenn sie sich mit Erfolg wehren wollen. Das ist ja der tiefere Sinn der jüngsten Resolution der Fried-Regierung: sie erklärt eine Beamtengewerkschaft als politischen Verein, weil sie dem Kurs dieser auf gewerkschaftlichem Boden stehenden Gemeinschaft von Beamten einen tödlichen Stoß versetzen will. Sie täuscht sich. Ihre Kurzsichtigkeit läßt sie verkennen, daß jede Gewerkschaft politischen Charakter trägt. Will sie die politische Note dieser Beamtengewerkschaft abtöten, dann muß sie konsequent verfahren und auch jede politische Aktion von Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, die sich gegen sie richtet, verbieten. Das soll sie nur tun, dann kommt endlich die Diskussion über die Grundfrage in Gang, ob es überhaupt Beamten gewerkschaften geben kann oder nicht. Der Nationalsozialismus ist, trotz großsprecherischen Phrasengelümmels, ein Bollwerk des Kapitalismus. Wer es betennt, wird in Acht und Bann getan. Die Regierung Fried hält im Augenblick die Macht in Händen, um eine freibeamtliche Beamtengewerkschaft zu zerstören. Das kann ihr gelingen, soweit die Form in Frage kommt, der Geist aber bleibt lebendig. Und dieser Geist ist eingestellt auf die Politik des Aufbaus, auf Kampf gegen wirtschaftliche, steuerliche und soziale Ungerechtigkeit, auf Erhaltung der sozialen und rechtlichen Grundlagen des Berufsbeamtentums und gegen die Rückverdrängung der Besatzungsordnung. Menschen, auch wenn sie in die Reihen der Beamten gehören, die von diesem Geist besetzt, ja, oft besessen sind, können niemals Anhänger Frieds und seiner Trabanten werden. Sie stehen auf festen der Sozialdemokratie aus inneren Gründen, die sich mit Gewaltmaßnahmen nicht torstören lassen. Sie lehnen es ab, sich den Interessenhäusern der bürgerlichen Mitte anzugesellen, die sich auf der Flucht vor der politischen Verantwortung hinter den Artikel 48 verschließen. Ebenso aber drängt das Verantwortungsbewußtsein den Beamten weit ab von den Rabens derer, die als letztes Ziel

Brüning in Not.



„Und weit und breit kein Obdach!“

Weitere Verhaftungen in Polen.

Protestkundgebungen verboten.

Warschau, 12. September (Eigenbericht).

Am Freitag sind weitere Verhaftungen von Oppositionsführern erfolgt, darunter der Krakauer Jurist und Sozialist Szumski und der Abgeordnete und Sekretär des Bergarbeiterverbandes von Sosnowice Zubowski. Inzwischen hat sich tatsächlich ein Untersuchungsrichter gefunden, der gegen die festgenommenen Oppositionsführer innerhalb der vorgezeichneten Frist einen formellen Haftbefehl erlassen hat.

Auch Handelsminister a. D. Kwiatowski verhaftet.

Warschau, 12. September.

Bei Reustadt in Pommerellen wurde der frühere nationaldemokratische Abgeordnete Kwiatkowski, der frühere Handelsminister, verhaftet und nach der Festung Brest-Litowsk gebracht.

Warschau, 12. September.

Durch eine Verordnung des Regierungskommissariats von Warschau wird die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel am 14. September untersagt. Die angekündigten Demonstrationen des oppositionellen Blocks werden infolgedessen in geschlossenen Räumen abgehalten werden.

Wie man weiter erfährt, „stützt“ sich die Anklage auf die Artikel 100 und 101 des polnischen Strafgesetzbuches, die von Vorbereitung für einen Staatsstreich und von bewaffneter Aufruhr gegen die bestehende Ordnung handeln. Die vorgesehene Strafe lautet auf zehn bis fünfzehn Jahre schweren Kerker, in schweren Fällen sogar auf Todesstrafe! Man nimmt an, daß die Untersuchung mehrere Monate dauern wird.

Pilsudski ist selbst mit Hilfe eines Staatsstreichs und durch bewaffneten Aufstand zur Macht gekommen und nur durch immer neue Staatsstreichs hat er sie behaupten können. Jetzt klagt er andere des Staatsstreichs an!

Die Protestaktion der Internationale.

Der Sekretär der Arbeiterinternationale Friedrich Adler hat den Brief des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie an die Arbeiterinternationale über die Vorgänge in Polen wie folgt beantwortet:

Werke Genossen!

Ihre Kundgebung der Solidarität mit der bedrohten polnischen Demokratie spricht vollkommen das aus, was nicht nur die internationale Arbeiterklasse, sondern über sie hinaus alle Menschen, die sich Sinn für Recht und Aufrichtigkeit bewahrt haben, gegenüber dem neuesten Gewaltstreich Pilsudskis empfinden. Wir haben Ihre Kundgebung allen der SWJ angehörenden Parteien zur Kenntnis gebracht und werden dem Büro den Vorschlag machen, einen Aufruf zu Protestaktionen gegen den neuesten Vorstoß des polnischen Faschismus zu beschließen.

Ein scharf sinniger Kommentar.

Die „Rote Fahne“, die in ihrer Besessenheit am Vorabend des Wahltages jedes Gefühl für den Blödsinn ihrer Schimpereien verloren hat, legt ihren Lesern auseinander, daß der „polnische Sozialfaschismus“ — damit ist im Stalin-Jargon die polnische Sozialistische Partei gemeint! — die treueste Stütze des Pilsudski-Regimes sei.

Endlich eine einleuchtende Erklärung für die Massenverhaftung von VPE-Führern durch die Pilsudski-Regierung!

Wie mag es bloß in den Köpfen der Burtschen aussehen, die die „Rote Fahne“ redigieren? Und wie sind die Menschen zu bedauern, die solchen Irrsinn als geistige Nahrung täglich aufnehmen!

ganz offen die Zerstörung dieses Staates predigen. Was wären das für Beamte, „Diener der Gesamtheit“, die solche Wege zu den ihren machen würden!

Die Beamten lesen natürlich auch die Wahlen der bürgerlichen Parteien. In einem heißt es u. a.: „Es muß etwas Neues kommen!“ Ganz gewiß, es kommt auch etwas Neues, aber nicht von dieser Staatspartei, auch nicht aus der Verdrüderung zwischen Nazis und SPD.

Das Neue kommt von und mit den Menschen, die ihre politische Verantwortung auch in der jetzigen Wirtschaftskrise nicht verlieren: von den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie!

Aus ihrer Solidarität wächst das Neue. Dieses geistige Band kann auch die Regierung Fried durch Schikane nicht vernichten.

Beamte gehen zur Wahl. Sie wissen, diese Zeit ist anders als alles, was war. Auch für sie bedeutet der 14. September 1930 nicht Abschluß einer Kampferiode, sondern Auftakt für eine neue. Dieser Auftakt beginnt für die Beamten mit der mutigen Abkehr von der Vergangenheit und mit dem offenen Bekenntnis:

Wir wählen Liste 1!

Saarbahnstrecke wird zurückgezogen.

Ein neuer Erfolg der Verständigungspolitik.

Genf, 12. September (Eigenbericht).

Der Völkerbund beschloß am Freitag die Auslösung der Saar-Bahnstrecke innerhalb drei Monaten.

Auf Grund der Verhandlungen zwischen Briand, Curtius und der Regierungskommission unterbreitete der Reichsminister Sozialer Stellen dem Rat den Vorschlag, künftig einen Teil der Gendarmerie für den Bahnschutz zur Verfügung zu stellen. Der Regierungskommission bleibt jedoch das Recht vor-

behalten, laut Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages im Falle von Unruhen technische oder militärische Hilfe bereitzustellen. Curtius begrüßte die Lösung im Namen der Saarbevölkerung, betonte aber gleichzeitig, daß hinsichtlich des der Regierungskommission zuerkannten Rechts sein Amtsvorgänger Dr. Stresemann bereits vor zwei Jahren den Rechtsstandpunkt Deutschlands dargelegt habe. Er könne deshalb auf eine Wiederholung dieses Rechtsstandpunktes verzichten, zumal die Notwendigkeit zur Anforderung von Truppen sicherlich niemals eintreten würde. Dieser letzten Auffassung des Reichsaussenministers schloß sich Briand an.

Im weiteren Verlauf der Ratssitzung wurde der Bericht über die Neuwahl des Internationalen Gerichtshofes angenommen, wonach der Vollversammlung die Neuwahl von 15 ständigen Richtern und 4 Ersatzleuten zugleich mit einer Neuregelung der Bezüge und Pensionen vorgeschlagen werden soll.

Calonder soll bleiben. — Gemeinsamer Antrag Curtius-Jaleski.

Genf, 12. September. (Eigenbericht.)

Der Reichsaussenminister Curtius und der polnische Außenminister Jaleski verständigten sich am Freitag auf einen gemeinsamen Antrag an den Völkerbund, in dem der Präsident des Gemischten Oberschlesischen Schiedsgerichts, Calonder, gebeten wird, von seinem Rücktritt abzusehen. Vorher hatte Curtius eine Aussprache mit Calonder.

In einer Unterredung zwischen dem ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen und dem deutschen Reichsaussenminister wurden Wirtschafts- und Agrarfragen besprochen. Außerdem verständigte man sich auf ein gemeinsames Vorgehen in den Winderbeisfragen. Im November wird Bethlen der deutschen Reichshauptstadt einen Besuch abstatten.

Luftgeschwader Liste 1 wieder in Berlin.

Glückliche Beendigung des Fluges.

Tausende von Parteigenossen sind auf dem Flugplatz in Tempelhof...

Am 30. August war es, als die fünf Flugzeuge zu ihrem vierzehntägigen Rundflug über Deutschland aufstiegen...

Wir haben ausführlich über die erste Etappe des Fluges berichtet...

aneinandergrenzend und kaum noch getrennt, durch Stroßenbohnen...

Weiter ging die Fahrt herunter nach Süddeutschland.

Überall wurden sie nicht nur von den Parteigenossen der Sozialdemokratie...

im roten Sachsen

Flugzeuge mit der Inschrift: „Wählt Liste 1“ willkommen Gäste sind...

Und dann kam die Rückfahrt im Sturm nach Berlin und der jubelnde Empfang...

Aber auch an den beiden letzten Tagen werden unsere Piloten nicht ruhen...

norgehen ist. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder möglichst von großen Ansammlungen...

Sturm rast über Berlin.

Weitere Wetterverschlechterung / Zahlreiche Sturmschäden.

Selt Freitagvormittag ist eine fortschreitende Wetterverschlechterung zu verzeichnen...

An verschiedenen Stellen der Stadt sind durch den Sturm, der sich zeitweise zum Orkan steigerte...

Von der Fassade des Hauses Leipziger Str. 96 wurde durch den Sturm eine Stückplatte losgerissen...

Besonders umfangreich sind die Sturmschäden in Parks und Gartenanlagen...

Tränengas am Nordhafen.

Berechtigte Klagen der Anwohnerschaft.

In der Scharnhorststraße, zwischen dem Nordhafen und dem Humboldthafen...

Alle diese Firmen mussten jedoch im Vorjohre diese Kasernenräumen, da sie wieder militärischen Zwecken dienstbar gemacht werden sollte...

Es würde kein Anlaß vorliegen, die Angelegenheit öffentlich zu behandeln, wenn nicht die Gasschuldhungen eine große Belästigung der Bewohner...

Es ist zu fordern, daß die Gasübungen der Reichswehr auf einem der abgelegenen Truppenübungsplätze außerhalb Berlins verlegt werden.

Zu den Diphtherieerkrankungen in den Schulen in der Elbestraße teilt das Bezirksamt Neutölln mit...

Der enge Wohnraum.

Ein Mann mißbrauchte seine 14jährige Stieftochter.

Unter der Anklage schwerer sittlicher Verfehlungen an seiner 14jährigen Stieftochter stand gestern der Arbeitslose N. vor dem Schöffengericht...

Der Angeklagte, 56jährig verheiratet, hatte im Frühsommer dieses Jahres seine Arbeit aufgegeben, weil sie ihm zu schwer war...



Mit Spannung verfolgte sie das natürliche Wachstum der Firma Truax u. Fein; war aufgeregt, wenn sie eine neue Filiale eröffneten...

Das war ebensosehr Gefühl der Zusammengehörigkeit mit Truax u. Fein...

Und dieses selbe Gefühl der Zusammengehörigkeit erleichterte es ihr, auch den lärmendsten Agenten als Berufskollegen anzusehen...

Obwohl Herr Truax zu weiblichen Angestellten kein Vertrauen hatte, gab es doch eine Frau, die seine Vorurteile kurzerhand über den Haufen warf...

Eines Tages, als Herr Truax damit beschäftigt war, einen unglücklichen Grundbesitzer zu überreden...

Una dachte: „Ich möchte dir am liebsten eine herunterhauen — und dann wieder möchte ich dich bewundern. Du bist, was man in Romanen eine Dame der Gesellschaft nennt.“

Fräulein Joline, nicht ahnend, daß eine Sekretärin in einem mahrengrauen Kleid, mit goldgerändeter Brille...

„Schwitz, häßlicher Name, nicht?“ Una lächelte herablassend.

„O nein, es ist ein ganz schöner Name.“ sagte sie. „Denken Sie bloß, daß man Joline heißen soll?“

„Ja, er ist beschäftigt...“ Fräulein Joline, ich wollte Sie schon lange um etwas erfahren.

„Nein, wirklich...“ oder vielleicht haben Sie überhaupt noch nicht an mich gedacht.

„So wie ich es mache“, sagte Fräulein Joline heiter. „Run...“

„Oh, ich bin nicht beleidigt. Aber, liebe Frau — ach, ich sollte Sie wahrscheinlich gar nicht so nennen.“

„Es ist mir einerlei, wie Sie mich nennen, wenn Sie mir nur sagen, wie man es anstellt, daß ein Kleid für siebzehn fünfzig wie aus der „Bogue“ aussieht.“

„Hören Sie, meine Liebe, sogar die schöne, die gebildete Beatrice Joline weiß, wenn man sie neckt — ich gebe es zu.“

„Oh, das tut mir aber leid. Ich habe mir solche Mühe gegeben — ich habe es ehrlich gemeint mit dem Beleidigen, es fehlt mir nur die nötige Übung.“

5000 Bausparer gefährdet.

Durch nationalsozialistische „Wirtschaftspolitik“.

In Frankfurt a. M. ist die im Jahre 1927 gegründete Bausparkasse „Selbsthilfe der Arbeit“ in Zahlungsunfähigkeit geraten...

Schon im Jahre 1927, bald nach der Gründung, wurde in der Öffentlichkeit auf die Unsolidität der Gründung hingewiesen...

Die „Selbsthilfe der Arbeit“ hat eine Anzahl von Untergesellschaften gegründet, so die Bank der Arbeit A.-G. (der Name mußte später kassiert werden)...

Nach der von der Deutschen Bau- und Bodenbank veröffentlichten Statistik gehört die „Selbsthilfe der Arbeit“ zu den 15 größeren privaten deutschen Bausparstellen...

Der Frankfurter Zusammenbruch lenkt von neuem die öffentliche Aufmerksamkeit auf die außerordentlich großen Gefahren, die das Streben nach einem Eigenhaus durch die ebensolche ungenügende Kontrolle der Bausparstellenbewegung für die Bausparer mit sich bringt...

fünzig Bauspartassen sind schon wieder eingegangen unter schweren Verlusten für die Mitglieder. Allein in den 15 größeren privaten Bauspartassen sind heute 170 000 Mitglieder organisiert...

Die organisierte Arbeiterschaft hat sich grundsätzlich von der Gründung eigener Bauspartassen ferngehalten. Nach sehr langer und gründlicher Prüfung sind im Juni dieses Jahres die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften zu dem Ergebnis gekommen...

Dah aber immer wieder Bausparer ihre Ersparnisse bei Zusammenstößen von Bauspartassen verlieren, ist eine Aufgabe gegen alle, die die von der Sozialdemokratie in den letzten Jahren immer wieder mit schärfstem Nachdruck erhobene Forderung nach einer ausreichenden Förderung des Wohnungsbaues zu Befriedigung des Wohnbedürfnisses der breiten Massen laßt...

Die Politik der gegenwärtigen Regierung und des verflochtenen Reichstags hat bewiesen, daß diese Wohnungsbauförderung und auch ein ausreichender Schutz der Bausparer nicht möglich sind ohne eine Vertretung der Arbeiterschaft im Reichstag...

Maschinenindustrie noch schlecht Eisenverarbeiter klagen über Eisenpreise. — Späte Einsicht.

Der Augustbericht des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten meldet anhaltend schlechten Geschäftsgang in der deutschen Maschinenindustrie...

Der BDMV. jagt zur allgemeinen Lage der Maschinenindustrie folgendes: „Das Inlandsgeschäft der deutschen Maschinenindustrie ist bereits seit drei Jahren im Rückgang begriffen; seit einem Jahre auch das Auslandsgeschäft.“

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir im gleichen Augenblick einen Klageruf aus der eisenerarbeitenden Industrie, dessen Urheber wohl in der Nähe des BDMV. zu suchen ist: „Infolge der kartellmäßigen Bindung der Eisenpreise hat sich eine ungleichmäßige Belastung herausgebildet...“

Wir sind nun nicht der Meinung, daß bisher die ganze Last der Wirtschaftskurbelung etwa auf die Maschinenindustrie als Produktionsmittelerzeuger gefallen ist...

Die Einsicht kommt sehr spät. Es scheint aber gegen die wirtschaftspolitische Unmündigkeit der Eisenverarbeiter gegenüber der Schwerindustrie nichts zu machen zu sein.

Regierung prüft Benzin- und Gummipreise

Das Reichswirtschaftsministerium und der Reichswirtschaftsrat werden auf Grund der Kartellnotverordnung sich mit der Preisbildung der Gummi- und Treibstoffindustrie beschäftigen. Entsprechende Arbeitsausschüsse sind bereits gebildet worden.

Krisendruck und Gemeindefinanzen. Mehr Wohlfahrtserwerbslose als Krisenunterstützte.

Die anhaltende Ungunst der allgemeinen Wirtschaftslage, die eine ständige Ausdehnung der langfristigen Erwerbslosigkeit zur Folge hat, macht die Gemeinden in zunehmendem Maße zu Trägern der Erwerbslosenfürsorge...

Schlechte Zeiten für Mühlen.

Generalvereinigung beim Mühlenkonzern von Schultheiß-Pagenhofer.

Die Schlesiischen Mühlenwerke A.-G., in denen die Mühleninteressen des Konzerns Ostwert-Schultheiß-Pagenhofer zusammengelagert sind, schloß das Geschäftsjahr 1929 in Folge mangelhafter Beschäftigung und niedriger Verdienstsparnen ohne Gewinn ab...

Bei Abschreibungen wie im Vorjahr hätten die Schlesiischen Mühlenwerke immerhin noch mit einem kleinen Gewinn abgeschlossen. Die Verwaltung hielt jedoch außerordentliche Abschreibungen in Höhe von 0,65 Millionen Mark auf die Anlagen und den Fuhrpark für erforderlich...

Der Konzern neigt auch sonst zum Abbau. Die abgebrannte Schöpfartler Mühle in Finowfurt wurde ebenso wie schon früher die gleichfalls abgebrannte Odermühle nicht wieder aufgebaut, obwohl der Schaden durch Versicherung gedeckt war...

Wachsende Gewinne der Lederindustrie.

Die Süddeutschen Lederwerke A.-G., St. Ingbert (Blas), nimmt für das am 30. Juni abgeschlossene Geschäftsjahr die Dividendenzahlung mit 5 Proz. auf das durch Sanierung herabgesetzte Aktienkapital von 1 Million Franken wieder auf.

12 Proz. Waggon-Dividende. Gewinnreiche Reichsbahn- und Auslandslieferungen bei Görtlicher Waggonbau A.-G.

Die mit kommunaler Hilfe erfolgreich sanierte Görtlicher Waggon- und Maschinenbau A.-G. hat in dem am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahr sehr gut verdient, und zwar besonders an gegenüber dem Vorjahr erhöhten Reichsbahnausträgen und an umfangreichen Lieferungen ins Ausland...

Machtverteilung im Stickstoffkartell. Verteilung der Quoten unter die Länder.

Die Societe Generale de Belgique, Belgiens größte Bank, teilt die Produktionsquoten mit, die in dem kürzlich geschaffenen internationalen Stickstoffkartell (C.N.I.) für die einzelnen Länder festgelegt worden sein sollen.

Table with 2 columns: Country and Tonnage. Includes Deutschland, England, Norwegen, Frankreich, Belgien, Italien, Holland, Polen, Tschechoslowakei.

Diese Zahlen deuten zunächst einmal — da Deutschland, Norwegen und England mit einer Gesamtziffer benannt werden — darauf hin, daß diese drei Länder, die schon bisher eine gemeinsame Front bilden, auch innerhalb des Syndikats eine geschlossene Gruppe darstellen.

Bekanntlich gelten die internationalen Syndikatsvereinbarungen für die gesamte Welt „mit Ausnahme der Vereinigten Staaten“. Von ist diesen Ausdruck bei verschiedenen internationalen Kartellen schon gewöhnt: man denke an Kalkstickstoff, Kali, Farbstoffe, Glühlampen...

Rohisenproduktion noch rückgängig.

Auch im August ist die deutsche Roheisenzeugung noch gesunken, und zwar insgesamt gegen Juli von 770 928 auf 739 083 Tonnen (gegen 1 165 720 Tonnen im August vorigen Jahres)...

Zwei Korvetten bei deutschen Marineübungen in Brand geschossen.

Das jamaerkente Schleichschiff „Zähringen“, das bei den Marinemaneövern in der Ostsee in Brand geschossen wurde, enthält das größte Korvettenarsenal der Welt.

Der Bau der drei Rheinbrücken gesichert.

Der Reichsverkehrsminister teilt mit, daß nunmehr das Uebereinkommen über den Bau der drei Rheinbrücken bei Ludwigshafen-Mannheim, Mainz und Speyer endgültig festgelegt ist.

Größere Reichsbahnausträge an den Stahlwerksverband.

Das Reichsverkehrsministerium teilt mit, daß seitens der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft das Reichsbahnverwaltungsamt nunmehr beauftragt worden, dem Stahlwerksverband mit September beginnend monatlich 30 000 Tonnen Oberbaustahl zu geben.

